



HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Rechtssicherheit am Flughafen Frankfurt für Arbeitsplätze und Wohlstand unabdingbar

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Flughafen Frankfurt mit ca. 70.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern größte Arbeitsstätte in Deutschland ist. Er ist zentraler Baustein und Herzstück der erfolgreichen Wirtschaftsregion Rhein-Main, das den Wohlstand und die Arbeitsplätze für die Menschen in Hessen und darüber hinaus ermöglicht hat und für die Zukunft sichern kann.
2. Der Landtag teilt daher das Flughafenkonzept der rot-grünen Bundesregierung Schröder/Fischer aus dem Jahre 2000, dessen wichtiger Bestandteil der Ausbau des Frankfurter Flughafens war. Die Nordwestlandebahn sichert seine herausragende Funktion im internationalen Luftverkehr. Der Landtag hält daher an seiner Ausbauentcheidung im Interesse der Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Menschen in der Region fest.
3. Mit der Entscheidung für den Ausbau des Flughafens Frankfurt zur Sicherung und zum Ausbau vieler Tausend Arbeitsplätze sind auch Lasten für die Region verbunden. Der Landtag unterstützt daher die Landesregierung bei allen Maßnahmen zur Verbesserung der Lärmsituation und stellt fest, dass das Ziel der Landesregierung und der Regierungsfractionen die Umsetzung des Mediationsergebnisses ist. Der Landtag begrüßt insbesondere das Vorgehen der Landesregierung, im konstruktiven Dialog mit der Luftverkehrsseite sowie den Anwohnern und Bürgerinitiativen alle Möglichkeiten auszuloten, um schnellstmöglich eine nachhaltige Reduzierung der Lärmbelastung zu erreichen.
4. Der Landtag setzt sich weiterhin für die vollständige Umsetzung eines Nachtflugverbotes auf Basis des Mediationsergebnisses ein.
5. Die Landesregierung wird gebeten, an der Revision festzuhalten, um Rechtssicherheit auch für die Betroffenen zu erreichen.
6. Der Landtag weist die Forderungen nach Stilllegung der Landebahn Nordwest zurück.
7. Der Landtag bedauert, dass aus kurzfristigen und lediglich parteitaktisch motivierten Interessen heraus der Versuch unternommen wird, das Engagement der Landesregierung für eine Lärmentlastung und den offenen Dialog in Misskredit zu bringen. Hierdurch werden die berechtigten Sorgen der Anwohner in unverantwortlicher Weise instrumentalisiert, zumal Bündnis 90/Die Grünen keinen einzigen konstruktiven neuen Vorschlag eingebracht haben, den Fluglärm am Tage zu reduzieren.

8. Der Landtag kritisiert die unseriösen parteitaktischen Forderungen nach einer vollständigen Schließung der Nordwestlandebahn, wie sie von Bündnis 90/Die Grünen im Oberbürgermeisterwahlkampf in Frankfurt erhoben werden. Dies ist eine bewusste Täuschung und Irreführung der Bevölkerung. Noch auf dem Landesparteitag hat sich der Fraktionsvorsitzende Tarek Al-Wazir höchstpersönlich gegen diese Forderung ausgesprochen, um dann wenige Tage später dieser populistischen, unaufrichtigen und unrealistischen Forderung auf einer Pressekonferenz anzuschließen. Mit der Schließung würden nicht nur die positiven Arbeitsplatzeffekte und eine Investition in Höhe von rund 3 Mrd. € zunichte gemacht, sondern durch Wiederaufleben der ursprünglichen Betriebsregelung auch weiterhin durchschnittlich 50 Flugbewegungen in der Nacht ermöglicht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. Januar 2012

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Blum